

Haushalt, Bildung, Diäten

In den vergangenen Wochen gab es wichtige Vorentscheidungen zur Haushalts- und Bildungspolitik. Die SPD konnte in der Landesregierung durchsetzen, dass mehr Lehrerstellen für eine gute Unterrichtsversorgung an allen unseren Schulen benötigt werden, auch aufgrund eines geringeren Schülerrückgangs. Finanzminister Dr. Schmid hat ein Konzept für einen ausgleichenden Haushalt bis 2016 vorgelegt.

Die ursprüngliche Ankündigung von Ministerpräsident Kretschmann, 11600 Lehrerstellen bis zum Jahr 2020 zu streichen, hing wie ein Mühlstein um den Hals der Landesregierung. Weder der Ministerpräsident noch die damalige Kultusministerin konnten belegen, für welche Vorhaben welche Anzahl von Lehrerstellen konkret benötigt wird.

Die Ankündigung war aber auch noch keine Entscheidung, sondern eine Prognose. Schließlich haben auch das Parlament und wir Abgeordneten noch in jedem Haushaltsjahr ein Wörtchen mitzureden. Es gab viele heftige Debatten in und zwischen den Regierungsfractionen um die erforderlichen Mittel für die

Schulen. Die 11600 Stellen fußen auf Berechnungen des Landesrechnungshofes, der aufgrund des Schülerrückgangs bis zum Jahr 2020 einen möglichen Abbau von 14600 Stellen errechnete.

Die alte Landesregierung hatte übrigens bereits bis zum Jahr 2018 fast 11600 Stellen nicht in der Finanzplanung (3500) oder auf „künftig wegfallend“ gesetzt (8055).

Jetzt hat die neue Landesregierung klargestellt, dass eine Streichung von 11600 Lehrerstellen bis zum Jahr 2020 zu viel ist. Es sind mehr Lehrerstellen für eine gute Unterrichtsversorgung an allen unseren Schulen erforderlich. Ich habe in der SPD-Landtagsfraktion diesen Kurs unterstützt. Eine neue Prognose des Statistischen Landesamts geht von einem

geringeren Schülerrückgang von 1,279 auf 1,165 Millionen aus – das sind 70000 Schülerinnen und Schüler mehr als ursprünglich erwartet.



... der
SPD-Landtags-
abgeordnete
Gernot Gruber

Bei den spannenden Haushaltsberatungen schlagen meist zwei Herzen in meiner Brust.

Natürlich hätte ich gerne mehr Geld für Landesstraßen, Städtebauförderung, für das Programm zur Entwicklung des ländlichen

Raumes, mehr Polizei vor Ort oder mehr Mittel für Sportstätten in unserem Wahlkreis. Es gilt aber auch, maßvoll mit den Steuergeldern umzugehen und auch für die kommenden Generationen einen soliden Haushalt vorzulegen. Dies erfordert auch die Bereitschaft zu Kompromissen.

Die Gehälter der Landtagsabgeordneten wurden zum 1. Juli um 1,26 Prozent

auf 7290 Euro (bei 12 Monatsgehältern) erhöht.

Der Erhöhungsbetrag ergibt sich aus der allgemeinen Lohnentwicklung zwischen Juli 2012 und Juli 2013, den das Statistische Landesamt ermittelt hat. In diesen Mittelwert der Gehaltsentwicklung wurde auch die verzögerte Gehaltserhöhung für Beamte einberechnet.

Dieses in der letzten Legislaturperiode von allen Fraktionen beschlossene Verfahren hat den Vorteil, dass wir Abgeordnete den Erhöhungsbetrag unserer Gehälter nicht selbst vorschlagen. Es kann – wie im Jahr 2010 auch – sinken (minus 1,5 Prozent). Damals hatten die Kurzarbeiterregelungen die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung negativ beeinflusst.

Denkbar wäre auch, dass wir Abgeordneten genau die gleiche Gehaltsentwicklung haben wie Beamte. Für das jetzige Verfahren spricht, dass neue Landtagsabgeordnete wie ich keine Pensionen mehr bekommen.